

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/172

7. September 1973

Eine Fahrt zu guten Freunden

Bundestags-Delegation im neutralen Finnland

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Bundesetat 74 - ein Beispiel für die Länder

Gelungener Kompromiß zwischen Reform und
Stabilität

Seite 3 / 39 Zeilen

Der Mann mit den Erinnerungslücken

Feststellungen zum Ablauf der Steiner-Ver-
nehmungen

Seite 4 / 39 Zeilen

Gemeinsam gegen die Klischees

Besseres Verhältnis Bundeswehr-Gewerkschaften

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Eine Fahrt zu guten Freunden

Bundestags-Delegation im neutralen Finnland

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Manche Völker genießen in der Welt mit Recht große Sympathien. Die Finnen im Nord-Osten Europas gehören dazu. Der Respekt vor diesem Volk ist noch gewachsen, als es trotz schwerer Kriegsschäden und einer umfangreichen Evakuierung aus dem heute sowjetischen Karelien seine Probleme gelöst hat. Und wir alle erinnern uns, daß bei der deutschen Lastenausgleichsgesetzgebung für die Frage der Hilfe der staatlichen Gemeinschaft für Vertriebene auf den guten Rat und die vielfältigen Erfahrungen Finnlands zurückgegriffen werden konnte. Finnland hat es bei seiner geographischen Position und der Lage zwischen den Machtblöcken recht schwer. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß das Land beharrlich durch Initiativen auf internationalem Feld und eine kluge Außenpolitik versucht, eine strikte Unabhängigkeit und neutrale Haltung zu wahren.

Finnland ist insbesondere in den Vereinten Nationen ein aktiver Partner, und unberührt von allen Schwierigkeiten hat es in seiner Rolle als Gastgeber der Europäischen Sicherheitskonferenz mit der an 34 Staaten gerichteten Einladung dazu beigetragen, daß die erste Phase dieser wichtigen Konferenz im Juli 1973 stattfinden und erfolgreich ablaufen konnte.

Der Bundesaußenminister hat mit Recht Finnland sehr herzlich gedankt, als er sagte: "Wenn es trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, die Vorbereitungsgespräche mit einem befriedigenden Ergebnis abzuschließen, dann trägt daran die Gastfreundschaft Finnlands großes Verdienst. Die Entscheidung, diese Konferenz in Helsinki durchzuführen, ist die Anerkennung für den Beitrag dieses

Landes zum Fortgang der Entspannungspolitik."

Zu den Konstanten der finnischen Außenpolitik gehören an erster Stelle die bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion. Ferner nimmt die Pflege guter Nachbarschaft zu den skandinavischen Ländern einen hohen Stellenwert in der finnischen Außenpolitik ein. Finnland ist aber auch an einem engen und guten Verhältnis zu den beiden deutschen Staaten gelegen. Daher sind alle Bemühungen, die den Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Parlamentarier des Bundes sowie der Länder und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland mit den Abgeordneten des finnischen Reichstages und anderer Gremien in Finnland zu vertiefen, zu begrüßen.

Gespräche dieser Art bieten u.a. die Möglichkeit, die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im allgemeinen sowie auch Einzelfragen dieses Zusammenwirkens zu erörtern. Begegnungen zwischen Parlamentariern sind für uns nicht zuletzt auch ein geeignetes Forum, um die Friedenspolitik der Bundesregierung zu verdeutlichen und vor allem ihre West-Ost-Politik besser verständlich zu machen.

Die fast 20 Städtepartnerschaften, die zwischen Finnland und der Bundesrepublik Deutschland heute bestehen, sind besonders wertvoll, weil sie vielfältige Kontakte ermöglichen. Die Delegation des Deutschen Bundestages freut sich, daß sie zu einem Zeitpunkt in Helsinki sein kann, in dem auch die Frage des Umweltschutzes der Ostsee und andere für Finnland und Europa wichtige Probleme auf der Tagesordnung stehen.

Die Delegation des Deutschen Bundestages fährt zu guten Freunden und hofft, daß der Besuch dazu beiträgt, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und die Möglichkeiten der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erweitern.

(-/7.9.1973/ks/ee)

+ + +

Bundesetat 74 - ein Beispiel für die Länder

Gelungener Kompromiß zwischen Reform und Stabilität

Die Bundesregierung hat es sich bei der Aufstellung des Etats für das Jahr 1974 nicht leicht gemacht. Zwei Ziele galt es, miteinander in Einklang zu bringen: Auf der einen Seite mußten unabwiesbare Mehranforderungen zur Finanzierung von Reformen erfüllt werden, auf der anderen Seite durfte die noch immer im Aufwärtstrend befindliche Konjunktur keine zusätzlichen Impulse erhalten. Der Kompromiß zwischen der Fortführung der inneren Reformen und der Beibehaltung des Stabilitätskurses muß als gelungen bezeichnet werden. Mit einer Ausgabensteigerung von 10,5 vH. ist der Etat in seinen konjunkturpolitischen Grenzen geblieben. Er ist weder konjunkturwidrig noch ist er "inflationfördernd", wie der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Franz Josef Strauß, der Öffentlichkeit glauben machen will.

Im Gegenteil; der Bundesetat 74 kann als Beispiel für Länder und Gemeinden gelten, sich entsprechend mit ihren Ausgaben Zurückhaltung aufzuerlegen. Weil die Frage offen bleibt, ob dieses Signal hinreichend beachtet wird, hat das Bonner Kabinett gut daran getan, im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushaltes bereits Vorsorge für den Fall zu treffen, daß die Hochkonjunktur weiter ungebrochen anhält. Verordnungen für alle Gebietskörperschaften, mit denen die Schuldenaufnahme begrenzt und die Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen vorgeschrieben werden sollen, sind eine dringend notwendige Reservewaffe, wenn sich die Regierung gegen eine neue Überhitzung rechtzeitig wappnen will.

Selbstverständlich ist der Etat nicht ohne Risiken. Aber die Vorlage eines Haushalts, der gegen jede finanzielle Unwägbarkeit geschützt gewesen wäre, ist bisher noch keiner Regierung gelungen und dürfte auch schlechterdings unmöglich sein. Der finanzielle Spielraum - man denke nur an die äußerst niedrig angesetzte Neuverschuldung - ist allerdings so groß, daß auch von dieser Seite her keine Gefahr für den Haushalt gegeben ist. Bei aller Berücksichtigung der Stabilitätspolitik hat die Regierung aber nicht die Notwendigkeit weiterer Reformen übersehen. Daß der Sozialetat um fünf Milliarden DM - vor allem zugunsten der Kriegsoffer - ausgedehnt werden konnte, ist ein Beweis dafür, wie ernst es diese Regierung mit dem Ausbau der sozialen Sicherung meint. Auch so wichtige Zukunftsaufgaben wie die Sicherung der Energieversorgung und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs haben im Etat 74 mit Recht erstmals ihre finanzielle Absicherung gefunden.

rb/7.9.1973/ks/ee

+ + +

Der Mann mit den Erinnerungslücken

Feststellungen zum Ablauf der Steiner-Vernehmungen

"Ich habe keine gesicherten Erinnerungen an Einzelheiten dieses Tages." So klar und deutlich muß es im Vernehmungs-Protokoll vom 5. September 1973 stehen. Das Wort Vernehmung führt gegenwärtig sofort zu dem "Steiner-Ausschuß", wie der 1. Parlamentarische Untersuchungsausschuß der VII. Bundestags-Legislaturperiode landläufig genannt wird. Es handelt sich beileibe nicht um die Aussage irgend einer Randfigur, sondern um eine Äußerung des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Julius Steiner selber.

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Schäfer hatte am 5. September auf den Busch geklopft und endlich "definitive Angaben" über den Ablauf des denkwürdigen 27. April 1972 verlangt, an dem Dr. Rainer C. Barzel mit seinem Mißtrauensvotum gescheitert ist und sein CDU-Fraktionskollege Julius Steiner aus SPD-Händen einen goldenen Regen mitbekommen haben will. Ein denkwürdiger Tag jedenfalls. Nur für Julius Steiner nicht, der heute keine "gesicherten Erinnerungen an Einzelheiten" mehr besitzt. Eine "Einzelheit" wäre es zum Beispiel, wenn Julius Steiner wüßte, wann er Wienands Büro betreten haben will, um den "Lohn" abzuholen - Fehlanzeige! Eine weitere "Einzelheit" wäre es, wenn Steiner beschreiben könnte, wie Wienands Büro ausgesehen hat - Fehlanzeige! Eine "Einzelheit" wäre es schließlich auch, wenn Steiner konkret aussagen könnte, wer ihn im Wienand-Büro empfangen hat oder wer seine Telefonanrufe angenommen hat - Fehlanzeige!

Man könnte in dieser Aufzählung beliebig fortfahren, denn die Erinnerung Steiners an jenen Tag besteht tatsächlich nur aus Erinnerungslücken. Für diesen denkwürdigen Tag mit dem angeblichen goldenen Regen bleibt als einziger Fix- und Leitstern für den Beobachter die Tatsache, daß Steiner "keine gesicherten Erinnerungen" mehr hat. Mit anderen Worten: Steiners Angaben über diesen Tag, seien sie in der "Quick" wiedergegeben, in Gerhard Löwenthals "Magazin" hinausposaunt oder am schönen Tegernsee ausgesagt, sind wertlos.

Es sollte daher erwogen werden, Julius Steiners Erinnerungsfähigkeit von einem Fachmann testen zu lassen, damit der immer wieder um sich selber kreisende Aussagennebel dieses Mannes endlich ein Fundament erhält. Anderenfalls wird Steiner weiter aus diesem Nebel schöpfen und Argumente und Details mit einem "Ich kann mich da irren" würzen und sich auch noch auf dem absoluten Nullpunkt um die Wahrheit herumdrücken wollen.

Klaus Vater
(-/7.9.1973/ks/ee)

Gemeinsam gegen die Klischees

Besseres Verhältnis Bundeswehr-Gewerkschaften

"Soldaten stehen stramm - und rechts, stramm rechts also, sind uniformiertes Symbol konservativ-reaktionärer Gesinnung, sind 'die Pille' zur Verhütung von Demokratie im Organismus der Gesellschaft. Für Generäle gilt das natürlich in besonderem Maße. -- Gewerkschafter stehen ebensoweit links außen wie Soldaten rechts, Symbolfiguren des Nicht- und Anti-Soldaten, denen alles Militärische - selbst das minimal notwendigste - suspekt und mit demokratischem Verhalten unvereinbar ist. Für Funktionäre gilt das natürlich in besonderem Maße."

Das sind Klischees, die lange Zeit in unserem Staate ebenso unumstritten waren wie das Amen in der Kirche. Man erinnere sich: Noch im Jahre 1966 galt es manchem als Sakrileg, daß drei Generale der Bundeswehr Mitglieder der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) geworden waren. Generale mit Müllkutschern in einer Gewerkschaft: unerhört, würdelos, ein Skandal! So tönten manche "Kameraden" aus der rechten Ecke; eine Welt war ihnen zusammengebrochen. Mißtrauische Verlegenheit dagegen ganz links und vielleicht auch die Sorge, einen brauchbaren Buhmann zu verlieren.

Sieben Jahre danach: Ein General mit drei von vier erreichbaren Sternen besucht vor dem Ausscheiden aus seinem Amte und aus dem Dienst neben militärischen Dienststellen, ganz selbstverständlich, auch den Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Der Leiter der Personalabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung, Generalleutnant Dr. Konrad Stencl, tritt am 30. September 1973 in den Ruhestand. Er ist Personalchef einer der größten "Betriebe" des öffentlichen Dienstes mit nahezu 700.000 Beschäftigten; er hat die ÖTV selbstverständlich in das Programm seiner Abschiedsbesuche einbezogen.

Eine Meldung wie andere, nicht sensationell, kein Skandal. Die verkrusteten Klischee-Fronten sind dank dem Wirken sozialdemo-

kratischer Verteidigungsminister inzwischen aufgeweicht. Nach dem ersten Spitzengespräch zwischen dem DGB-Vorstand und dem ersten sozialdemokratischen Bundesverteidigungsminister der Bundesrepublik, Helmut Schmidt, im November 1971, dem ersten derartigen Kontakt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sind die Verbindungen zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften allmählich zu normalen "Vorgängen der laufenden Verwaltung" geworden. Nach einem Besuch des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV bei Bundesverteidigungsminister Georg Leber im Mai dieses Jahres äußerte sich der Gewerkschafts-Vorsitzende Heinz Klunker befriedigt über die sachliche und offene Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung. Die Klimaverbesserung ist unverkennbar. Eine Entspannung eigener Art zwischen den Streitkräften und den Gewerkschaften ist eingetreten, in der Gespräche über soziale Fragen in der Bundeswehr, über die berufliche Förderung von Soldaten nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst und die gesellschaftliche Integration der Streitkräfte gedeihen können.

Der General und Gewerkschafter Graf Baudissin hatte zur Begründung seiner Mitgliedschaft in der ÖTV gesagt: Die Bundeswehr könne ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie vom gleichen Geiste getragen ist wie die Gesellschaft, zu deren Verteidigung sie vom Parlament geschaffen wurde. Die Gewerkschaften gehören zu den Kräften, die die Entwicklung unserer freien Gesellschaft maßgeblich vorwärtstreiben. Freiheitliche Demokratie, Gewerkschaften und Streitkräfte bedingen sich gegenseitig: ohne freiheitliche Verfassung kein freiheitliches Leben, ohne Staatsbürger, die diese Verfassung mit Leben erfüllen und sie nach innen und außen zu verteidigen bereit sind, auch keine Demokratie von Bestand. Soldaten in Gewerkschaften und Gewerkschafter in der Bundeswehr sind nach Baudissins Meinung wie wenige geeignet, das historisch gewachsene gegenseitige Mißtrauen abzubauen zu helfen. Als er Mitglied der ÖTV geworden sei, sagte Baudissin, habe er dazu einen Beitrag leisten wollen.

Die Zeit, in der mit Georg Leber einer der prominentesten Gewerkschafter als der mit der Befehls- und Kommandogewalt ausgestattete Bundesverteidigungsminister auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, kann für den Prozeß der Normalisierung nicht günstiger sein. Der Abschiedsbesuch des Generals und Bundeswehr-Personalchefs bei der ÖTV ist kein spektakuläres Ereignis mehr. Der Wandel in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Bundeswehr und Gewerkschaft wurde nur erneut sichtbar gemacht.

(-/7.9.1973/ks/ee)